

## Wichtige Windkraft-Weiche gestellt

„Sachlicher Teilplan Windenergie“ vom Planungsausschuss beschlossen

Von Oliver Bergmann

**Iserlohn.** Für ganz Iserlohn soll zukünftig ein „Sachlicher Teilplan Windenergie“ gelten, der unter anderem an die Stelle des Flächennutzungsplans für die Schälker Heide tritt. Einmütig stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung in ihrer jüngsten Sitzung dafür, nicht allerdings ohne zuvor teils kontrovers diskutiert zu haben. Denn dass ein Verbot für die Errichtung von Windenergieanlagen gleich mit beschlossen werden sollte, behagte den Befürwortern der Windkraft nicht.

„Deren Zahl ist doch sowieso noch zu niedrig“, merkte Harald Eufinger (Die Grünen) an und erhielt dafür Unterstützung vom Linken-Politiker Manuel Huff: „Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie dezentral vorangetrieben wird. Nur mit Windparks in der Nordsee kommen wir nicht weit.“ Eufinger beantragte zudem, über Teilplan und Bauverbot getrennt abzustimmen. Bei einer Gegenstimme der Grünen wurde die Veränderungssperre trotzdem mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

### Tragweite des Münsteraner Urteils immer noch unklar

Der Teilplan ist auch eine Reaktion auf die plötzlich ins Wanken gera-

tene Rechtssituation auf der Schälker Heide. Jahrelang, genauer gesagt seit 2003, ging die Stadt davon aus, dass die damals beschlossene 54. Änderung des Flächennutzungsplans alle Unklarheiten beseitigt habe – bis ein 2017 gesprochenes Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster neue Maßstäbe an die Ausfertigung von Schlussbekanntmachungen bei

### „Lassen Sie uns das Heft des Handelns in die Hand nehmen.“

Thorsten Grote, Stadtbaurat

Flächennutzungsplanänderungen, die eine Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie zum Inhalt haben, gesetzt hat. Demnach muss die Schlussbekanntmachung im Flächennutzungsplan den Zusatz enthalten, dass nicht nur in den dargestellten Geltungsbereich Windenergieanlagen aufgestellt werden können, sondern dass gleichzeitig ein Ausschluss für das übrige Stadtgebiet mit dieser Planung einhergeht. Ein solcher Zusatz fehlt in dem Plan von 2003, was kein Problem darstellen würde, wenn das Urteil nicht möglicherweise rückwirkend gelten

würde. Die Stadtverwaltung geht von einer hohen Wahrscheinlichkeit aus, dass das Urteil rückwirkend gültig ist. Mit der Aufstellung eines eigenständigen Sachlichen Teilplans Windenergie soll eine eindeutige Grundlage für zukünftige Entscheidungen in Sachen Windenergie hergestellt werden.

### Zwei Jahre können vergehen bis der Teilplan steht

Die Frage, wie lange es nun dauert, bis der Teilplan steht, wollte Stadtbaurat Thorsten Grote zunächst gar nicht beantworten, da es ihm schwer falle, einen auch nur halbwegs belastbaren Zeitplan zu benennen, zumal die Aufstellung des Plans auch nicht im Rathaus erfolgen werde, sondern durch ein externes Planungsbüro. Ein bis zwei Jahre könnten aber durchaus ins Land gehen.

Deutlicher und – was man bei Grote sonst nur sehr selten beobachtet – emotionaler machte er sich für die Zustimmung zur Aufstellung des Teilplans stark. „Es geht hier um die Frage, ob wir die Planungshoheit an uns ziehen möchten. Wird dagegen gestimmt, hat künftig der Kreis als Immissionsschutzbehörde das letzte Wort. Deshalb: Lassen Sie uns das Heft des Handelns in die Hand nehmen.“

06.12.2018

Iserlohnener Kreisanzeiger und Zeitung

# Firmen sorgen sich um Internet und Nachwuchs

Wirtschaftsgespräch der SIHK mit fast allen wichtigen Unternehmen

Von Thomas Bender

**ALTENA** • Fabian Schmidt von der Firma Lüling blickt in eine „etwas nebulöse“ Zukunft, Volker Kluszcza meldete als Vertreter der Firma Hohage Rückgänge beim Absatz von Ladeneinrichtungen, während die Nachfrage nach Beschlägen für die Bauindustrie deutlich anzögen.

Drahthersteller Schmidt und Drahtverarbeiter Hohage waren gebeten worden, beim SIHK-Wirtschaftsgespräch im Altenaer Rathaus über die Perspektiven ihrer Unternehmen zu sprechen. Schmidt war dabei einer der wenigen, die nicht über zu langsames Internet klagten. Lüling hängt schon am Glasfaserkabel, während Hohage manchmal noch nicht einmal Ware versenden kann: „Es gibt Tage, da kommen wir nicht auf die Server unserer Logistikpartner, um Sendungen anzumelden“.

Dem Ruf der Industrie- und Handelskammer waren praktisch alle größeren Unternehmen der Stadt gefolgt, sodass Dr. Frank Hoffmeister, der Vizepräsident der Kammer, sich bei der Begrüßung über eine sehr gute Resonanz auf die Einladung freute.

Wo Handel und Industrie der Schuh drückt, das betonte SIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Ralf Geruschkat in seinem Eingangsstatement: „Gewerbeflächen, Fachkräftemangel, digitale Infrastruktur – in jedem Gespräch kommt mindestens eines dieser Themen vor“.

„5G ist nicht an jeder Milchkanne notwendig“ – mit dieser Aussage hat sich Bundesforschungsministerin Anja Karliczek keinen Gefallen getan: „In Südwestfalen steht

hinter der Milchkanne womöglich die Fabrik eines Weltmarktführers“, sagte der Geschäftsführer. 5 G sei zwingende Voraussetzung für die viel beschworene Industrie 4.0, die gerade für die hoch innovativen Unternehmen im SIHK-Kammerbezirk ein großes Thema sei. Auch in Südwestfalen müsse deshalb ein flächendeckendes und leistungsfähiges Mobilfunknetz aufgebaut werden und bei der Verlegung von Glasfaserkabeln müssten Gewerbegebiete absolute Priorität haben.

## Kammer geht in die Kindergärten

Thema Facharbeitermangel: Im Kammerbezirk fehlen nach Angaben Geruschkats schon jetzt 20000 Fachkräfte, 18000 davon im gewerblichen Bereich. Deshalb sei es ganz wichtig, junge Menschen für eine Ausbildung im gewerblichen Bereich zu begeistern. Damit will die Kammer bald schon im Kindergarten beginnen.

„Wir müssen uns aber auch fragen, was wir den Mitarbeitern bieten“, sagte der Hauptgeschäftsführer und meinte damit nicht nur die Unternehmen: „Es ist ganz wichtig, dass wir junge Menschen für die Region begeistern“

Bei der Südwestfalenagentur sei diese Botschaft längst angekommen, erklärte später deren Vertreterin Dr. Stephanie Arens. Bei der Regionale 2025 werde die Suche nach der „Südwestfalen-DNA“ und deren Aufpolierung eine sehr zentrale Rolle spielen.

## Altenas Firmen stemmen viel

Das Gemeinwohl sei auch Sache der Unternehmen. Das sagte Britta Hölper, Geschäftsführerin der Firma Möhling. „Hier in Altena stemmen Industrie und Wirtschaft ganz viel, um die Stadt attraktiv zu halten.“

Das zeige auch Wirkung, sagte Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein in seinem Statement und wies auf die

## Was macht eine Kammer?

Industrie- und Handelskammern sind berufsständische Körperschaften des öffentlichen Rechts. Zu ihnen gehören alle Gewerbetreibenden und Unternehmen einer Region mit Ausnahme reiner Handwerksunternehmen, Landwirtschaften und Freiberufler, die nicht ins Handelsregister eingetragen sind. Im Bereich der SIHK sind es etwa 46000 Betriebe. Gegen diese mit Kosten verbundene Pflichtmitgliedschaft gibt es vereinzelt Widerstand. Die Aufgaben der Kammern sind vielfältig: Sie vertreten die Gesamtinteressen der Wirt-

schaft, übernehmen hoheitlicher Aufgaben zum Beispiel für exportierende Firmen und bieten Einzelberatungen und Dienstleistungen zu einer Fülle von Themen an. Auch das Thema Aus- und Weiterbildung spielt eine große Rolle. Die Arbeit der Kammer wird entscheidend durch das ehrenamtliche Engagement der Unternehmer geprägt und aktiv mitgestaltet. Die SIHK hat 190 Mitarbeiter. Ihr Hauptsitz ist in Hagen, Zweigstellen befinden sich in Lüdenscheid, Iserlohn und Ennepetal, Ausbildungsstätten in Hagen, Hemer und Lüdenscheid.

ZITAT

„

Es ist ganz wichtig, dass wir junge Menschen für die Region begeistern

“

SIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Ralf Geruschkat

sogenannten „Wanderungssalden“ hin. In der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen sei sie in Altena positiv. Als bedauerlich bezeichnete es der Bürgermeister, dass der Start des Lennetal-Intercities verschoben wird – diese Verbindung mache Altena als Wohnort für Menschen interessant, die in Dortmund arbeiten. Grundsätzlich müsse die Stadt „ihre Vorteile im Bezug auf die Großstädte besser herausarbeiten.“ Hinderlich sei dabei allerdings, dass Großstädte von Bund und Land deutlich stärker gefördert würden als „der sogenannte ländliche Raum“.

Einmal mehr betonte der Bürgermeister, dass er Zuwanderung für ein Zukunftsthema hält – nur so könne der demokratische Wandel bewältigt werden. Hollstein denkt dabei nicht nur am Flüchtlinge (von denen nach seinen Angaben schon 35 Prozent in Arbeit sind), sondern auch an junge EU-Bürger – schließlich gebe es in Ländern wie Griechenland und Spanien eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Wichtig sei es, die in Altena bereits vorhandene „Kompetenz im Integrieren dieser Menschen“ weiter auszubauen.

07.12.2018

Altenaer Kreisblatt

# „Meilenstein“: Tourismus-Büro eröffnet

Von Meinerzhagen aus können jetzt „Schätze“ im Naturpark Sauerland-Rothaargebirge gehoben werden

Von Jürgen Beil

**MEINERZHAGEN** ■ Seit gestern hat Meinerzhagen ein Tourismus-Info-Büro, das gleichzeitig eine „Schatzkiste“ ist, die als Einstieg in den Naturpark Sauerland-Rothaargebirge dient.

Von hier aus lassen sich einerseits gezielt die „Schätze“ der Natur im Naturpark „heben“ – für die auch gezielt geworben wird –, andererseits gibt es auch Infos über Meinerzhagen und seine touristisch interessanten Angebote. Das Büro liegt an der Ecke Volmestraße/Zur Alten Post und kann natürlich auch von Einheimischen genutzt werden.

Die Eröffnung mit zahlrei-

chen Gästen, darunter auch Kreisdirektorin Barbara Dienstel-Kümper und Vertreter aus Politik und Tourismus, fand zunächst im Ratsaal statt, bevor es dann gemeinsam in das neue Info-Büro ging. Bürgermeister Jan Nesselrath bezeichnete die Einrichtung als „besonderen Meilenstein und einen neuen Abschnitt für den Tourismus in der Stadt“. Er freue sich über das moderne und einladende Büro, das auch für den zweitgrößten Naturpark in Deutschland werbe. Durch die Ernennung zum Einstiegsportal erfahre der Tourismus einen Auftrieb. „Tourismus und Gastfreundschaft wer-

den bei uns großgeschrieben“, sagte er weiter.

Die Öffnungszeiten der Tourist-Info: Von Karfreitag bis Oktober: montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr. Samstags, sonntags und an Feiertagen von 10 bis 16 Uhr. No-

vember bis Ostern: montags bis freitags von 9 bis 14 Uhr, samstags und sonntags von 10 bis 16 Uhr.

## Die „Schatztruhen“

Meinerzhagen wurde als eine von sechs Kommunen vom Verein Naturpark Sauerland-Rothaargebirge als „Schatzinsel“ ausgewählt. Neben der Volmestadt freuen sich darüber die Kommunen Bad Berleburg, Burbach, Lennestadt-Kirchhundem, Hemer und Medebach. Insgesamt hatten sich 16 Städte beziehungsweise Gemeinde an

dem Wettbewerb beteiligt. Von den jeweiligen Informationszentren aus können jetzt die „Juwelen“ in der Natur erkundet werden, Erläuterungen dazu gibt es in den neuen Einrichtungen. Meinerzhagen bietet bald zwei eigene Angebote: Die Ebbemoore können erkundet werden und der Einstieg zur Rundwanderwegen ist möglich.

07.12.2018

Meinerzhagener Zeitung

## Ministerium warnt vor KAG-Rückstellung

Medienbericht weist auf Rundschreiben des Heimatministeriums hin

**MEINERZHAGEN** ■ Als es im Stadtrat um den UWG-Antrag zur Aussetzung von Straßenbaubeiträgen für die Anlieger ging, war vielen Ratsmitgliedern bekanntlich nicht wohl dabei, die sogenannten KAG-Beiträge bis zu einer möglichen Neuregelung in Nordrhein-Westfalen zurückzustellen. Aus gutem Grund, wie jetzt anhand eines Berichts des Kölner Stadt-Anzeigers deutlich wird.

Demnach hat das Heimat- und Kommunalministerium in einem Rundschreiben an die Bezirksregierungen bereits im November deutlich gemacht, dass Kommunen aufgrund der Gesetzeslage mit Regressforderungen zu rechnen haben, wenn sie sich nicht an geltendes Recht halten. Beim betreffenden Paragraphen 8 des Kommunalabgabengesetzes handele es sich um eine „Soll-Regelung“, die

eine Pflicht zur Beitragserhebung auslöse. Ein Zurückstellen dieser Beitragserhebung könnte „zu einem Eingreifen der vierjährigen Festsetzungsverjährungsfrist führen“. Käme es am Ende tatsächlich zu einer Verjährung infolge des kommunalen Beschlusses, könnten nicht nur Verwaltungsmitarbeiter, sondern auch Ratsmitglieder dafür in Regress genommen werden.

Wie berichtet, hat sich der Rat der Stadt Meinerzhagen gegen einen entsprechenden Vorschlag der UWG ausgesprochen und stattdessen einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP verabschiedet. Demnach werden nicht erst die Beiträge, sondern gleich ganze Baumaßnahmen, durch die die Anlieger nach der Rechnungsstellung zahlen müssten, zunächst auf Eis gelegt. ■ zach

07.12.2018

Meinerzhagener Zeitung

Der Pressespiegel erscheint werktäglich  
Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des  
jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.  
Eine Wertung durch den Märkischen Kreis  
ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden  
regelmäßig ausgewertet:

### Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger  
Altenaer Kreisblatt

Iserlohner Kreisanzeiger  
Lüdenscheider Nachrichten  
Meinerzhagener Zeitung  
Süderländer Tagesblatt  
Süderländer Volksfreund

Westfalenpost Hagen  
Westfalenpost Menden

# Hochhaus mit 24 Stockwerken

Neue Höchstspannungsleitung: Gemeinde regt Alternativen und Kompaktmasten an

Von Dirk Grein

**HERSCHEID** - Die Stadt Attendorf gilt als Vorreiter: Für den Bereich der Hansestadt will die Firma Amprion aufgrund zahlreicher Bürgereinwendungen alternative Verläufe der geplanten Stromleitung prüfen. Ein Teilerfolg, auf den auch die Gemeinde Herscheid hofft.

Die Verwaltung hat die Hilfe der Verwaltungsrechtskanzlei Heinz aus Berlin in Anspruch genommen, um eine fundierte Stellungnahme zu erstellen. In dieser wird ausführlich erklärt, warum die von der Firma Amprion vorgesehene Planung abgelehnt wird. Die „derzeit geplante erhebliche Belastung der Gemeinde könnte durch kleinräumige örtliche und/oder technische Alternativen maßgeblich gesenkt werden“, heißt es in dem Schreiben.

Grundsätzlich stelle sich die Gemeinde nicht gegen die Maßnahme, mit der die Energiewende vorangetrieben werden soll. Doch die Art und Weise der Umsetzung stößt auf Kritik, was der Experte wie folgt begründet: „Die Masten 135 bis 155 befinden sich im Gemeindegebiet. Die meisten von ihnen sollen eine Höhe zwischen 60 und 70 Meter erreichen, der Mast Nummer 152 sogar eine Höhe von 73,5 Metern. Dies entspricht in etwa der Höhe eines Hauses mit 24 Stockwerken. Gegenüber der Bestandsleitung findet in etwa eine Verdoppelung der Masthöhen statt, wobei die Sichtbarkeit und damit die störende Wirkung des Freileitungsvor-



Diese Karte zeigt den Verlauf der neuen Leitung quer durch den Märkischen Kreis. Im Bereich Wiebruch sind zwei denkbare, alternative Trassenverläufe eingezeichnet – zum Schutz der Friedline Anwohner.

habens mit zunehmender Höhe exponentiell wächst.“

Die Masten, an denen in der Regel drei Traversen mit bis zu 30 Metern Gesamtbreite angebracht werden sollen, würden die Störwirkungen vergrößern. Damit wären „die zukünftigen Traversen (geschätzt) in etwa so breit, wie ein Teil der bisherigen 220 Kilovolt Masten hoch sind“, schreibt der Anwalt.

Nach eingehender Prüfung der Unterlagen und Betrachtungen vor Ort gehen die Experten davon aus, dass sich die Trasse im Bereich Hohl / Grünwald stark an die Privatgrundstücke der Anwohner annähern wird. Besonders betroffen sei zudem der Siedlungsbereich Friedlin. Dort gebe es Wohnhäuser, de-

nen der Sichtschutz zur Trasse genommen werde.

Zudem hat der Experte Fehler in den Planfeststellungsunterlagen für Friedlin entdeckt. Diese sorgen dafür, dass „sich der Abstand zwischen Innenbereich und den geplanten Leiterseilen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht höchstens halb so groß darstellen, wie die Planfeststellungsunterlagen dies glaubhaft machen wollen.“

Um den Siedlungsbereich Friedlin zu entlasten, regt die Gemeinde eine Verschwengung der Trasse in nördliche Richtung an. Außerdem wünscht sich die Gemeinde, die neue Leitung in den Bereich der bestehenden 110 Kilovolt-Freileitung zu verschleppen. Damit könnten „Grund-

stücke gegebenenfalls ganz aus dem Schutzstreifen fallen“, heißt es in dem Schreiben.

Als technische Alternative regt der Rechtsanwalt den Einsatz von Kompaktmasten an. Durch diese erhofft sich die Gemeinde eine deutliche Reduzierung der Eigentumsbelastungen.

Bevor über die Aufnahme einer entsprechenden Forderung in die Stellungnahme der Gemeinde entschieden wird, findet am nächsten Dienstag, 11. Dezember, eine Infoveranstaltung zum Thema Kompaktmasten statt. Ein Vertreter des Bundesverbandes Kompaktleitung wird um 17.00 Uhr im Bürgersaal einen Vortrag halten, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind.

07.12.2018

**Süderländer Tageblatt**